

Zwei-Klassen-Gesundheitssystem



Gesundheit in den besetzten palästinensischen Gebieten

Tsafrir Cohen ist Repräsentant von medico international in Palästina & Israel. Beheimatet in Berlin, lebt er zu Zeit in Ostjerusalem.

Die Gesundheitssituation in den besetzten palästinensischen Gebieten ist ein Spiegelbild der hiesigen Gesamtsituation. Diese ist vor allem durch das israelische Enklavensystem bestimmt, das schwerwiegende Behinderungen der Bewegungsfreiheit für Menschen und Waren nach sich zieht und die Möglichkeit von Entwicklung nicht nur blockiert, sondern einen Rückschritt in unterschiedlichen Lebensbereichen verursacht.

Im Gesundheitsbereich bedeutet dies vor allem zweierlei: Der Zugang zu Gesundheitsdiensten ist massiv eingeschränkt, und die Grundlagen für ein gesundes Leben, etwa gesunde Nahrung, Kleidung, Hygiene, Bildung oder auch psychisches Wohlbefinden und soziale Kohäsion, werden stark beeinträchtigt.

Hintergrund

Seit über vierzig Jahren herrscht Israel über die besetzten Gebiete. Mit der Besetzung hat Israel auch die im internationalen Recht verankerte, beschränkte Verantwortung für die Gesundheit der dortigen Bevölkerung übernommen. In den folgenden 26 Jahren gab es zwei Gesundheitssysteme: eins für israelische Staatsbürger innerhalb der grünen Linie und für die Siedler in den besetzten Gebieten und eins für die palästinensischen Bewohner der besetzten Gebiete. Die Diskrepanz zwischen den beiden Systemen und das Fehlen eines materiellen und personellen Gesamtentwicklungsplans für das Gesundheitssystem in den besetzten Gebieten verursachten eine starke Abhängigkeit von Israels Gesundheitssystem.

Mit der Übergabe der Verantwortung an die palästinensische Autonomiebehörde im Jahr 1994 entledigte sich Israel dieser Verantwortung – übereinstimmend mit den damals unterzeichneten Osloer Verträgen. Doch die Bewohner der besetzten Gebiete blieben auch nach Oslo unter der effektiven Kontrolle Israels, und die palästinensischen Gebiete sind rechtlich gesehen nach wie vor besetzt.

Nach 1994 wurde das palästinensische Gesundheitsministerium aufgebaut – mithilfe massiver Geldspritzen aus dem Ausland. Die Behörde ist schwerfällig

und leidet unter vielen Schwächen, doch flankiert durch palästinensische Nichtregierungsorganisationen wie die Palestinian Medical Relief Society, die ‚feste‘ Kliniken und in entfernten oder isolierten Gebieten mobile Kliniken betreiben, entstand ein umfassendes Grundgesundheitssystem, das weniger abhängig ist von Israel, dafür umso mehr von ausländischen Geldgebern.

Zugang zu Gesundheit

Israel hat sich aber nicht nur seiner Verantwortung für die Gesundheitsdienste entledigt, sondern behindert das palästinensische Gesundheitssystem aktiv, indem es die Bewegungsfreiheit einschränkt – innerhalb der Westbank, zwischen der Westbank und dem Gazastreifen, zwischen dem annektierten Ostjerusalem und der Westbank und Gaza, sowie zwischen den besetzten Gebieten und dem Ausland. Vor allem spezialisierte Dienste und Notfalldienste sind hiervon betroffen.

Über 500 Checkpoints gibt es im Sommer 2008 in der Westbank, dazu andere Hindernisse wie Erdwälle und für Palästinenser gesperrte Gebiete. Einzelne Dörfer und ganze Regionen werden hierdurch von ihren urbanen Zentren getrennt, in denen sich die lokalen Gesundheitsdienste befinden.

Viele Orte hatten das Glück, weiterhin Zugang zu ihren angestammten Gesundheitsdiensten zu haben, doch die alten, direkten Straßen wurden – etwa weil sich in der Nähe eine Siedlung befindet – aus „Sicherheitsgründen“ gesperrt. Die neuen Routen in die lokale Klinik sind gerade für die arme Landbevölkerung so lang geworden, dass sie die Kosten für einen Arztbesuch nicht mehr tragen können.

Bei Notfällen kann dieser Zustand fatale Folgen haben: So viele Schwangere haben ihr Kind vor einem Checkpoint auf der Straße und ohne ärztliche Aufsicht zur Welt gebracht – mit tödlichem Ausgang für manche Babys beziehungsweise Mütter –, dass Frauen es heute vorziehen, in den letzten Schwangerschaftsmonaten in die Nähe eines Krankenhauses zu ziehen. Wer die Staus vor den Checkpoints an den Stadteingängen kennt, weiß, dass einem Krankenwagenfahrer auch Sirene und Rotlicht nichts nützen, da davor stehenden Autos weder vor noch zurück ausweichen können.

Besonders betroffen sind Notfallpatienten aus Dörfern, die komplett umzingelt sind. Hier gibt es unter Umständen nur ein Tor, das lediglich mehrmals am Tag für kurze Zeit geöffnet und in der restlichen Zeit auch nicht bemannt ist. Bei Notfällen müssen die in der Nähe Dienst tuende Soldaten informiert werden, damit sie das Tor öffnen und nicht auf die ‚Eindringlinge‘ schießen.

Jerusalem

Die besetzten Gebiete sind ein kleines Gebiet mit weniger als vier Millionen Einwohnern. Entsprechend gibt es wenige Referenzkrankenhäuser, und diese befinden sich vor allem in Ostjerusalem. In den sechs Krankenhäusern Ostjerusalems werden etwa Herz- und Augenoperationen, Radiotherapie oder Dialyse durchgeführt. Um die Mauer zu passieren und diese Krankenhäuser zu erreichen, benötigen Palästinenser aus anderen Teilen der besetzten Gebiete eine Genehmigung. Die ehemals kurze Fahrt zum Spezialisten wird dadurch zu einem mühevollen und mehrstufigen Hürdenlauf um Genehmigungen und durch Checkpoints, der Wochen dauern kann. Der Spezialistenbesuch ist keine Option mehr für die vielen Patienten, die aus unterschiedlichen Gründen keine Genehmigung erhalten; andere erschrickt diese Prozedur, oder sie übersteigt ihre Kapazitäten. So lassen sie sich in kleineren und weniger spezialisierten Krankenhäusern behandeln. Die sinkende Patientenzahl wiederum bedeutet, dass die Referenzkrankenhäuser zunehmend unter finanziellem Druck stehen und ihre Aktivitäten reduzieren müssten.

Viele Schwangere haben ihr Kind vor einem Checkpoint auf der Straße und ohne ärztliche Aufsicht zur Welt gebracht – mit tödlichem Ausgang für Babys oder Mütter.

Gaza

Gaza ist ein Ort, an dem man lieber nicht krank werden soll. Israel hat sich von Gaza angeblich getrennt, doch kontrolliert es den Seeweg und die Grenze zu Ägypten. Diese Kontrolle nutzte Israel, um den Gazastreifen komplett zu blockieren. Durch die einjährige Blockade war die ohnehin schwache Infrastruktur in diesem schmalen, überbevölkerten Streifen fast zusammengebrochen: Medikamente konnten erst nach langen Verzögerungen und in unzureichender Menge, Ersatzteile und andere, für die Aufrechterhaltung der medizinischen Versorgung notwendige Hilfsmittel gar nicht eingeführt werden. Die Situation ist nach wie vor labil, die Versorgung von Außen tröpfelt ungenügend hinein.

Die Krise führt dazu, dass immer mehr Patienten mit schweren Krankheiten ausreisen müssen, um in der Westbank, in Israel oder Jordanien behandelt zu werden. Hier wirkt die fast komplette Abriegelung durch Israel verheerend: 200 Patienten starben im letzten Jahr, während sie auf eine Ausreisegenehmigung für medizinische Zwecke gewartet haben. Im Mai 2008 erteilte Israel lediglich 500 schwer kranken Patienten Ausreisegenehmigungen, die anderen 500 mussten in Gaza bleiben.

Eine detaillierte, von *medico international* mitfinanzierte Studie der israelischen Nichtregierungsorganisation *Ärzte für Menschenrechte* vom August 2008, die auf über dreißig Zeugnisse basiert, brachte darüber hinaus die Erkenntnis, dass Patienten am Checkpoint regelmäßig verhört werden, um sie und ihre Familien zur Kollaboration zu bewegen. Weigern

sie sich, so werden sie zurück nach Gaza geschickt.

Allgemeine Bedingungen für ein gesundes Leben

Bewegungsfreiheit für Mensch und Ware sind eine Grundbedingung für eine lebensfähige Wirtschaft. Die wirtschaftliche Lage in den palästinensischen Gebieten hat sich folglich in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert: Etwa die Hälfte der Palästinenser leben von 1-2 Dollar am Tag. Nur die massive Hilfe aus dem Ausland, die etwa die Hälfte des Brutto sozialprodukts ausmacht, verhindert heute eine humanitäre Katastrophe. Meines Wissens hungern die Menschen zwar nicht, doch mancherorts wird etwa auf Milchprodukte und andere Nahrungsmittel verzichtet, sodass gewisse Mangelerscheinungen auftreten. Die ausländischen Gelder ermöglichen zwar eine kostengünstige medizinische und medikamentöse Grundversorgung, doch mit zunehmender Armut fällt es den Menschen immer schwerer, sich um ihre Gesundheit oder um Hygiene zu kümmern.

Armut ist vor allem in den Peripherien und in von der Verdrängungs- und Isolierungspolitik der israelischen Administration besonders betroffenen Gegenden spürbar. In diesen Gebieten gibt es darüber hinaus weitere Probleme, die mit der Besatzung einhergehen. Im Jordantal etwa weigert sich die israelische Administration, die Verlegung von Wasserleitungen in die Häuser zu genehmigen. Tausende von Häusern haben deshalb weder fließendes Wasser, noch sind sie an einem Abwassersystem angeschlossen. Bemühungen um bessere Hygiene bleiben folglich nutzlos.

Das Free Gaza Movement – ein satanischer Kult?

Am 23. August 2008 erreichten die zwei Boote des Free-Gaza-Movements von Zypern kommend den Hafen von Gaza (www.freegaza.org). Sie wollten mit ihrer Aktion auf die andauernde Abriegelung des Gazastreifens aufmerksam machen, und in ihrer Fracht brachten sie, nicht nur als Symbol des guten Willens, medizinisches Versorgungsgut mit. Jeff Halper, Koordinator der israelischen Sektion des „Israeli Committee against House Demolition“, war bei dem Törn dabei, der in Deutschland für viel Medienaufsehen gesorgt hat – von der Reaktion auf die Aktion in Israel ist er enttäuscht.



In ungefähr einem Dutzend Interviews – und in dem, was ich über mich und unseren Trip las (geschrieben von „Journalisten“, die mit mir oder den anderen nicht einmal zu sprechen versucht hatten) – begegnete mir ein kollektives Bild von Gaza, von den Palästinensern und unserem endlosen Konflikt, das ich nur als Fantasie beschreiben kann. Anstatt mich auf meine Erfahrungen, Motive oder Ansichten hin zu befragen, zwangen meine Interviewer – gerade die vom Mainstream-Radio – mir ihre Slogans und monotonen Vorurteile auf (...). Ben Dror Yemini von der beliebten Tageszeitung Ma'ariv nannte uns einen „satanischen Kult“. Ein anderer kolportierte, dass ein prominenter Mitwirkender

des Free Gaza Movements ein palästinensischer Amerikaner sei, der durch das FBI verhört worden war – um anzudeuten, wir würden von „Terroristen“ unterstützt, manipuliert oder Schlimmeres. (...) Andere wurden deutlicher: Müsste man nicht sagen, dass wir Hamas einen PR-Sieg bereiteten? Wieso ich mich mit palästinensischen Waffen schmuggelnden Fischern solidarisiere, gegen mein eigenes Land, das nur die eigenen Bürger zu beschützen versuche? Einige schriegen mich einfach an, wie etwa ein Interviewer bei Arutz 99. (...) Und wenn alles zu spät war, fielen meine Reporter nur zu gern auf die alten Zynismen zurück: ‚Friede ist unmöglich. Juden und Araber sind unterschiedliche Wesen. Du kannst „ihnen“ nicht trauen.‘ Oder die blanke Unterstellung, sie wollten uns doch eh nur zerstören. Und dann wieder diese Bevormundung: ‚Gut, ich denke, es ist gut, einige Idealisten wie euch hier zu haben ...!‘

Nie gab es in den vielen Interviews eine echte Neugier für das, was ich tat oder wie das Leben in Gaza so ist. Niemand interessierte sich für eine andere Perspektive, besonders nicht, wenn es die geschätzten Leitsprüche betraf. Niemand ging über die alten, müden Slogans hinaus. Man verwies immer wieder auf Terrorismus, Kassam-Raketen, die Palästinenser, die unsere heroischen Anstrengungen, Frieden zu schaffen, brüskierten. Nie dagegen auf die Besatzung, den Häuserabriss, Abriegelung, Enteignung von Land oder die Ausweitung der Siedlungen. Vom Töten, Einsperren und der Verarmung der Zivilbevölkerung ganz zu schweigen.“

Jeff Halper

In Gaza wiederum hat die Blockade verheerende Umweltschäden verursacht: Da kein Zement eingeführt werden durfte, musste das Abwassersystem ausgeschaltet werden. Große Mengen Abwasser gelangten ins Meer. Der Fischbestand vor der Küste wurde dadurch stark belastet, doch mangelnde Aufklärung und die grassierende Armut führten dazu, dass die Menschen weiterhin Fisch aßen. Der Mangel an Kraftstoff führte dazu, dass Kochöl anstatt Benzin genutzt wurde. Ganz Gaza stank nach diesem ‚Falafelöl‘, und Krankheiten der Atemwege häuften sich. Die langfristigen Folgen sind noch unbekannt.

Die Folgen des Enklavensystems sind nicht nur physischer Natur. Es führt – beabsichtigt?! – zur Schwächung jener sozialen Kohäsion, mit deren Hilfe die Palästinenser die erste Intifada unbeschadet überstanden. Gazaer haben seit Jahren die Westbank nicht besuchen können, vor allem Arme und Frauen verlassen ihre Dörfer kaum noch. Die Palästinenser im reichen Ramallah, Sitz der Autonomiebehörde und der großen ausländischen Geldgeber, in der eine Art freie Marktwirtschaft entstanden ist, leben zunehmend ein gänzlich anderes Leben als ihre Landsleute in der Peripherie.

Hoffnungslosigkeit statt Solidargemeinschaft

Die schrumpfende soziale Kohäsion, gepaart mit einem wirtschaftlichen Niedergang und mangelnden Zukunftsperspektiven hinterlassen tiefe Spuren in der Psyche vieler Menschen. Häusliche Gewalt, Depressionen, die Annahme reaktionärer Erklärungs- und Lösungsmuster sind manche Folgen dieses Prozesses. Die Hoffnungslosigkeit wird zunehmend privat wahrgenommen, und folglich wird die Fähigkeit unterminiert, eine sich um die Gesundheit all ihrer Mitglieder bemühte Solidargemeinschaft aufrechtzuerhalten und weiter aufzubauen.